

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 310

Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. Juni 2002, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	38 Einwohnerrats-Mitglieder 5 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Max Hippenmeyer, GR Elisabeth Schiltknecht, Dora Ris, Christine von Arx
Vorsitz	Maya Wittwer, Präsidentin
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Hansueli Schwob

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl in die Vormundschaftsbehörde für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2004 1)2216
2. Ersatzwahl in die Vormundschaftsbehörde für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2004 2)2217
3. Wasserversorgungs-Regionenverbund 1-9-2, Genehmigung neuer Vertrag zwischen der Hardwasser AG und den beteiligten Gemeinden (Notwasserbezug) 2198
4. Mutation Genereller BSP „Käferberg“, Parzelle 2923, Am Chäferberg 2208
5. Parkierungsreglement der Gemeinde Pratteln, Ergänzungsvorlage, 1. Lesung 2187
6. Wahl der Büromitglieder für das Amtsjahr vom 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003 2214
 - Präsidium
 - 1. Vizepräsidium
 - 2. Vizepräsidium
 - zwei Stimmenzähler/innen
7. Wahl von zwei Ersatz-Stimmenzähler/innen für das Amtsjahr vom 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003 2215
8. Postulat von Florian Reischenböck betreffend „Infrastruktur in der Geisswaldhütte“ 2190
9. Interpellation von Ruedi Brassel betreffend „Stellvertretung in der JMS-Leitung“ 2206

- | | | |
|-----|--|------|
| 10. | Bewilligung von Nachtrags- bzw. Zusatzkrediten / Erneuerung der Heizunterstation im Schulhaus Fröschmatt I | 2213 |
| 11. | Motion von Siegfried Siegrist und Dieter Stohler betreffend „Liberalisierung der Ölfeuerungskontrolle“ | 2205 |
| 12. | Fragestunde (nach der Pause) | |
-
- 1) Ersatzwahl für die per 30. Juni 2002 zurücktretende Frieda Knöpfel, Wahlvorschlag FDP: Frau Verena Suter
 - 2) Ersatzwahl für den per 30. Juni 2002 zurücktretenden Werner Fäh, Wahlvorschlag SP: Roland Horstmann
-

Neue persönliche Vorstösse:

- Dringliche Interpellation von Stephan Ackermann betreffend „Erlebnisraum“
 - Dringliche Interpellation von Heinz Mattmüller betreffend „Einbürgerungswesen“
 - Postulat von Christine von Arx betreffend „Verzeichnis von Reglementen und Beschlüssen“
-

Geschäft Nr. 2218

Dringliche Interpellation von Stephan Ackermann betreffend „Erlebnisraum“

Aktenhinweis

- Dringliche Interpellation Nr. 2218 vom 18. Juni 2002

Stephan Ackermann plädiert auf Dringlichkeit. Die interessierte Bevölkerung, welche aktiv bei der Planung des Erlebnisraumes Augst - Pratteln mitwirkt muss Einblick haben in die „Planung Pratteln Nord“.

GP WillySchneider: Der Gemeinderat hat beschlossen und empfiehlt dem Einwohnerrat, die Interpellation nicht für dringlich zu erklären. Wir gedenken, vom 15. Juli bis 13. September 2002 das öffentliche Mitwirkungsverfahren über den Rest des Konzepts „Pratteln Nord“ (Pratteln Nord ohne Erlebnisraum) aufzulegen. Wir möchten Ende Juli das Konzept dem Einwohnerrat schicken und in der August-Sitzung durch Herrn Remund anlässlich einer öffentlichen Orientierungsversammlung kommentieren und erklären lassen. Mein Vorschlag lautet wie folgt: Das erste, immer wieder verlangte alte Konzept soll zusammen mit dem neuen Konzept „Pratteln Nord (ohne Erlebnisraum)“ verschickt werden. Es ist eine Tatsache, dass wenn Sie das Konzept ohne Kommentar erhalten, falsche Schlüsse gezogen und neue Fragen provoziert werden könnten. Wir wollen aber Fragen beantworten. Die planungsrechtlichen Grundlagen bei Beginn der Konzeptplanung „Pratteln Nord“ gemäss dem Regionalplan Siedlung des Kantons Basel-Landschaft besagten, dass rechtsgültige Industrie- und Gewerbezone grundsätzlich nicht verkleinert werden dürfen. Im Jahre 1999 ist dieser Grundsatz nicht bestritten worden. Das Resultat der Planung „Pratteln Nord“ ist das Ergebnis eines Optimierungsprozesses zwischen baulicher Entwicklung, Verkehrsaufkommen und Schutzansprüchen unter Beachtung des Regionalplans Siedlung. Nach Abschluss der Planungsarbeiten wurde ein Bericht vorgelegt, welcher erstmals eine Gesamtbeurteilung für die künftige Entwicklung und die damit verbundenen Auswirkungen erlaubt hat. Dieser Planungsbericht mag wesentlich dazu beigetragen haben, dass der Kanton erstmals auch seine eigenen Rahmenbedingungen

im Regionalplan Siedlung hinerfragt hat. Man ist zur Erkenntnis gelangt, dass ein absolutes „Einfrieren“ der Industriezonen für eine zukunftsweisende Entwicklung im Gebiet Pratteln Nord auch nachteilig sein kann, und dass zweckmässige Lösungen dadurch blockiert und verhindert würden. Das Entwicklungskonzept Pratteln – Augst soll sich darum vor allem von planungsrechtlichen Rahmenbedingungen lösen und gänzlich frei wünschbare Entwicklungen aufzeigen können. Mit dieser Entscheidung ist das von Pratteln erarbeitete Konzept „Pratteln Nord“ im Resultat überholt und auch fragwürdig geworden. Die dannzumalige Sistierung ist Ihnen bekannt. Bezüglich dem Areal südlich der Autobahn bleibt das Konzept aussagekräftig und die planungsrechtlichen Grundlagen haben sich nicht verändert. Beim Erlebnisraum Augst – Pratteln dient jedoch das gesamte Konzept „Pratteln Nord“ als wichtige Grundlage und ist deshalb den Planungsteams bekannt. Ein wesentlicher Unterschied ist aber, dass die Grundnutzungen der heutigen Industriezone nicht mehr als verbindliche Vorgaben zu beachten sind und die konzeptionellen Ideen bedeutend freier und offener entwickelt werden können. Am nächsten Mittwoch findet die letzte Arbeitssitzung bezüglich Leitbildentwicklung Erlebnisraum Augst – Pratteln statt und im August wird eine Zusammenfassung der Arbeitssitzungen geliefert. Ich finde es schade, wenn im letzten Moment eine Beeinflussung durch ein überholtes Konzept erfolgt. Es wurde aber immer betont, dass das parallel zum Leitbild und als Grundlage für die Planer einfließen wird.

Stephan Ackermann: Ist es richtig, dass in der August-Sitzung der Einwohnerrat sowohl das „Entwicklungskonzept Nord“ – Strategie zur Entwicklung der Arbeitsgebiete – als auch die Planung „Pratteln Nord“ vom Januar 2001 erhalten wird? Es wurde gesagt, dass die Planung „Pratteln Nord“ als Grundlage für die Planer mit einfließt. Warum soll das die interessierte Bevölkerung nicht auch wissen. Die Endbesprechung bezüglich Erlebnisraum findet im August statt und es wäre immer noch möglich, die Ideen und Erfahrungen der Planung „Pratteln Nord“ einfließen zu lassen. Es ist nun wirklich dringend, dass dies eingebracht wird.

Siegfried Siegrist: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Interpellation nicht für dringlich erklärt werden muss. Der Bevölkerung ist damit nicht gedient, im Gegenteil, wir verwirren sie nur damit.

Ruedi Brassel: Der Gemeindepräsident hat gesagt, dass es schade wäre, wenn die am Leitbild mitwirkenden Leute durch den Inhalt dieser Studie beeinflusst würden. Gleichzeitig sagt er, dass die Ergebnisse der Studie als Grundlage einfließen würden. Das heisst: Die Bevölkerung darf sich nicht beeinflussen lassen von einer Studie, welche die Stimmbürger und Steuerpflichtigen bezahlt haben. Die Experten haben aber Kenntnis davon. Ich verstehe das absolut nicht. Im weiteren wurde gesagt, dass wir im August informiert werden. Jetzt haben wir Ende Juni und ich weiss nun wirklich nicht, was im Monat Juli unsere Bevölkerung dermassen verwirren soll. Das ist mir völlig „schleierhaft“ und der „Intelligenzuwachs“ im Monat Juli muss dermassen rasant sein, wenn es nachher nicht mehr verwirren soll. Die Interpellation muss nicht für dringlich erklärt werden, aber die Unterlagen können jetzt ausgehändigt werden.

GP Willy Schneider: Das Exemplar der Abteilung Bau kann jederzeit eingesehen werden. Andere Exemplare gibt es noch nicht und werden jetzt in Auftrag gegeben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 17 : 15 Stimmen:

://: Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

**Geschäft Nr. 2220 Dringliche Interpellation von Heinz
Mattmüller betreffend „Einbürger-
ungswesen“**

Aktenhinweis

- Dringliche Interpellation Nr. 2220 vom 24. Juni 2002

Heinz Mattmüller: Ich begreife nicht, was die Bürgergemeinde im Sinn hat und ich bitte den Gemeinderat um die entsprechenden Erläuterungen.

Urs Hess: Das Geschäft befindet sich dermassen in den Anfängen, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist.

Ruedi Brassel: Die Dringlichkeit ist deshalb nicht gegeben, weil gar kein Handlungsbedarf seitens des Einwohnerrates besteht.

Siegfried Siegrist: Auch die FDP ist gegen die Dringlichkeit, weil der Einwohnerrat gar nichts dazu zu sagen hat. Zuständig ist die Bürgergemeinde.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen:

://: Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer beantragt im Namen des Einwohnerratsbüros, das Geschäft Nr. 2212 von der Traktandenliste abzusetzen. Damit haben die Räte mehr Zeit, das umfangreiche Geschäft bezüglich GGA seriös zu studieren und zu bearbeiten.

GR Rolf Wehrli: Unsere Partnergemeinden warten auf einen Entscheid von Pratteln. Das Ziel ist es, die Gründung per 1. Januar 2003 zu vollziehen und danach umzusetzen. Das heisst, dass das vorliegende Geschäft spätestens in der August-Sitzung behandelt werden muss. Nach diesem Datum ist der „Zug abgefahren“ und wenn das passiert, dann fahren noch mehrere Züge ab.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr, das Geschäft Nr. 2212 von der Traktandenliste abzusetzen.

**Geschäft Nr. 2216 Ersatzwahl in die Vormundschaftsbe-
hörde**

In stiller Wahl wird in die Vormundschaftsbehörde für den Rest der Amtsperiode vom 01.07.2002 – 30.06.2004 gewählt:

://: **Verena Suter (FDP)**

**Geschäft Nr. 2217 Ersatzwahl in die Vormundschaftsbe-
hörde**

In stiller Wahl wird in die Vormundschaftsbehörde für den Rest der Amtsperiode vom 01.07.2002 – 30.06.2004 gewählt:

::/: Roland Horstmann (SP)

**Geschäft Nr. 2198 Wasserversorgungs-Regionenverbund
1-9-2, Genehmigung neuer Vertrag
zwischen der Hardwasser AG und den
beteiligten Gemeinden (Notwasserbe-
zug)**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 26. März 2002 und Vertragsentwurf

GR Rolf Wehrli: Die Wasserversorgung des Regionenverbundes wird seit Jahren mit einzelnen Vertragswerken geregelt. Wir arbeiten seit vielen Jahren gut und eng zusammen und wir haben jetzt einen einzigen gemeinsamen Vertrag erarbeitet.

::/: Der Rat beschliesst einstimmig Eintreten.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme:

::/: Der Vertrag zwischen der Hardwasser AG und dem Regionenverbund 1-9-2 umfassend die Einwohnergemeinden Muttenz, Pratteln, Frenkendorf sowie Füllinsdorf betreffend „Wasserlieferungen an die Gemeinden des Regionenverbundes 1-9-2 sowie den Wassertransit im Regionenverbund“ wird genehmigt.

**Geschäft Nr. 2208 Mutation Genereller BSP „Käferberg“,
Parzelle 2923, Am Chäferberg 2001**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 23. April 2002

GP Willy Schneider: Der Eigentümer der Parzelle 2923 will seine Liegenschaft unterirdisch erweitern. Der Gemeinderat musste Einspruch erheben, weil die rechtsgültige Waldbaulinie des projektierten Abstellraums vollständig überschritten wird. Wir haben dem Kanton den Vorschlag gemacht, einen entsprechenden Artikel im Zonenreglement Siedlung mit einer generellen Baulinie von 10 Metern für unterirdische Bauten zu beschliessen. Der Kanton sagt, dass das in einem Zonenreglement grundsätzlich nicht möglich ist und dass *„immer die fallweise Betrachtung vorgenommen und die Zustimmung des Forstamtes für eine Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes von 20 m im Einzelfall einzuholen ist“*. Der Kanton hat in diesem Fall so

wohl bei der oberirdischen als auch der unterirdischen Baulinie die Zustimmung erteilt. Der Interessent will aber lediglich eine unterirdische Baute erstellen.

Rös Graf: Die SP-Fraktion möchte nicht auf das Geschäft eintreten. Der Gemeinderat hat richtigerweise Einsprache erhoben. Der Eigentümer ist sehr mutig gewesen, ein solches Gesuch überhaupt einzureichen. Als das Haus 1978 gebaut wurde, betrug der Abstand zum Wald 16,5 Meter. Heute sind 20 Meter das Minimum. Wir finden es eine „Frechheit“ des Eigentümers, ein solches Gesuch zu stellen. Das Vorgehen würde bedeuten, dass wir das Raumplanungs- und Baugesetz mit allen Verordnungen und die Waldgrenzenkarte im Altpapier entsorgen können.

Urs Hess: Die SVP ist ganz klar für Eintreten. Wir sind der Meinung, dass man bei unterirdischen Bauten ohne weiteres näher an den Wald gehen darf. Bei überirdischen Bauten ist auch die SVP dagegen.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen/Grünen ist gegen Eintreten. Aufgrund von privaten Interessen darf eine Waldbaulinie nicht unterschritten werden. Vor allem, wenn diese schon unterschritten ist. Auch unterirdisch müssen die gleichen Prinzipien gelten, weil auch der Wurzelraum eines Waldes geschützt werden muss. Mit der heutigen Vorlage wird ein Präzedenzfall geschaffen.

Urs Baumann: Die FDP-Fraktion ist klar für Eintreten und es gibt keinen Grund, dem Anliegen des Eigentümers nicht zu entsprechen. Es ist das Recht eines Grundeigentümers, dass er ein Gesuch stellen darf. Das als „Frechheit“ zu bezeichnen ist etwas zu stark formuliert.

GP Willy Schneider zitiert aus der Vorlage und betont nochmals, dass es absolut legal ist, eine Waldgrenze zu reduzieren. Es ist nicht das erste Mal, das der Einwohnerrat einen diesbezüglichen Beschluss fasst.

://: Der Rat beschliesst mit 20 : 14 Stimmen und 3 Enthaltungen Eintreten.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Mit 20 : 14 Stimmen:

://: Der Einwohnerrat stimmt der Mutation zum Generellen Bau- und Strassenlinienplan „Käferberg“ betreffend der neuen Baulinie für unterirdische Bauten auf der Parzelle 2923 zu.

Mit 20 : 13 Stimmen:

://: Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der Weiterführung des Verfahrens gemäss § 31 Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons Basel-Landschaft.

Geschäft Nr. 2187

**Parkierungsreglement der Gemeinde
Pratteln, Ergänzungsvorlage,
1. Lesung**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 19. Februar 2002
- Ergänzungsvorlage des Gemeinderates vom 11. Juni 2002

GR Denise Stöckli: Am 4. März 2002 haben Sie das Parkierungsreglement an den Gemeinderat zurückgewiesen mit der Begründung, dass der Paragraph 6 so formuliert sei, dass dagegen eine Beschwerde erhoben werden kann. Der Gemeinderat hat nach nochmaliger Beratung nichts festgestellt, das eine Beschwerde ermöglicht hätte. Das Reglement wurde ein zweites Mal zur Vorprüfung nach Liestal geschickt. Mit diesem vorliegenden Reglement schaffen wir die notwendige Rechtsgrundlage, um in Zukunft Parkgebühren erheben zu können. Das Reglement legt die Grundsätze fest und beschliesst den Gebührenrahmen. Für die heutige Beratung haben wir uns entschlossen, unseren Gemeindeverwalter, Herr Chissalé, als juristischen Experten einzuladen. Ich bitte Sie auf das Reglement einzutreten und mit der ersten Lesung zu beginnen.

Eintretensdebatte

Walter Biegger: Die SVP-Fraktion möchte ihr Befremden über die vorliegende Ergänzungsvorlage ausdrücken. Der Gemeinderat geht mit keinem Wort auf die von unserer Fraktion zum Ausdruck gebrachten Mängel ein. Unsere Vorbehalte gegenüber dieser Vorlage sind dem Gemeinderat „keine Silbe wert“. Wir bewerten diese Haltung als eine gewisse Arroganz und wir protestieren an dieser Stelle scharf dagegen. Kein Wort zu den Forderungen für einen Gebührenerlass in den ersten 15 Minuten und zur Ausschaltung des Einwohnerrates beim Paragraph 4. Kein Wort für die Beibehaltung oder Schaffung von Blauen Zonen. Wir wollen in dieser Frage mitreden und nicht ausgeschaltet werden. Es geht nicht an, dass die klar zurückgewiesene Vorlage bezüglich Parkraumbewirtschaftung auf „kaltem Weg“ durchgeboxt wird. Wir wehren uns gegen die Salamtaktik, welche eines Tages sämtliche öffentliche Parkplätze einer Gebührenpflicht unterstellt.

Urs Baumann: Vor vier Monaten wollte Herr Schiltknecht aus juristischen Überlegungen das Geschäft zurückweisen. Das Geschäft wurde nochmals juristisch beurteilt und was ist das Resultat: alles in Ordnung. Entweder wurde Herr Schiltknecht falsch beraten oder es ist die Taktik, dass alles zuerst torpediert wird was vom Gemeinderat kommt. Wir können uns diesen Einnahmeverlust nicht leisten und es ist höchste Zeit, dass wir die Vorlage des Gemeinderates umsetzen. Der Wirbel hat sich mit dem zweiten Bericht in Luft aufgelöst und die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung.

Achille Babbi: Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Wir sind nicht schlecht juristisch beraten worden. Unsere Vorbehalte sind absolut korrekt gewesen, denn in der Vorlage wurde ein Straftatbestand geschaffen, den es nicht einmal auf bundesgesetzebene gibt. Auch wir wollen ein Reglement, damit die budgetierten Einnahmen wieder fließen.

Heinz Schiltknecht: Wenn Sie das Gefühl haben, es sei alles in Ordnung gewesen, dann haben Sie die Vorlage nicht richtig gelesen. Die erste Stellungnahme des Kantons sagt bezüglich Paragraph 6 ganz klar, dass dort gewisse Mängel bestehen. In diesem Sinn sind unsere Vorschläge für die heutige Lesung formuliert.

Philipp Schoch: Die Fraktion Unabhängige/Grüne ist für Eintreten.

Dieter Stohler: Wenn Sie den Paragraph 6 ansprechen, dann ist Ihnen wohl entgangen, dass die erste Vorlage den Bericht aus Liestal berücksichtigt. Wir sind für Eintreten.

Heinz Mattmüller: Wir sind damit einverstanden, dass mit den Gebühren die Kontrolltätigkeit finanziert wird. Aber nicht mehr. Der Zweck der Bewirtschaftung soll die Förderung der Fluktuation und nicht eine Geldmacherei sein. Nur wenn die Überwachung regelmässig und professionell erfolgt, dann werden die Parkzeiten auch eingehalten. Andernfalls droht die Angelegenheit zu einer Alibiübung zu verkommen. Wir sind für Eintreten.

GR D. Stöckli: Es geht jetzt nicht um ein Konzept und die Forderung von Blauen Zonen hat mit diesem Reglement nichts zu tun. Das ist der nächste Schritt, bei dem sich eine Kommission gesamtheitlich mit dem Parkieren in Pratteln befassen muss. Die Bewirtschaftung der Parkplätze ist nichts Neues.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Eintreten.

Detailberatung 1. Lesung

Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer bittet den Gemeindeverwalter, Armando Chissalé, am Referententisch Platz zu nehmen.

§ 3

Achille Babbi stellt den Antrag, Absatz 2 zu streichen und die Gebührenpflicht in den Absatz 1 zu integrieren. Damit wird Absatz 3 zu Absatz 2:

*Abs. 1: „Zur Verbesserung des Parkplatzangebotes, namentlich um den Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern einen gleichmässigen Zugang zu den öffentlichen Parkplätzen sicher zu stellen, kann die Nutzung des **öffentlichen** Parkplätze zeitlich beschränkt **und der Gebührenpflicht unterstellt** werden.“*

*Abs. 2: „**entfällt**“*

*Abs. 3 neu in Absatz 2: „**Es besteht kein Anspruch auf die Zuteilung eines öffentlichen Parkplatzes**“.*

Walter Biegger: Wir bestehen darauf, dass auch die Blauen Zonen eine Bedeutung haben und im Reglement aufgenommen werden. Man kann mit der Schaffung von Blauen Zonen den gleichen Zweck bezüglich dem Zugang zu den Parkplätzen schaffen. Wir stellen den Antrag, Absatz 2 wie folgt zu formulieren:

„Dies wird erreicht durch die Schaffung von blauen Zonen oder durch die Unterstellung einer Gebührenpflicht“.

Achille Babbi: Wenn ich eine zeitliche Beschränkung auslege, dann fällt auch die Blaue Zone automatisch darunter. Somit ist der Vorschlag von Walter Biegger nicht nötig.

Dieter Stohler: Beim Vorschlag der SP-Fraktion zum Absatz 1 ist zu viel enthalten. Der Zusammenhang zwischen dem gleichmässigen Zugang zu den öffentlichen Parkplätzen und der Gebührenpflicht ist problematisch. Die Formulierung der SP bezüglich Absatz 3 (gemäss SP neu 2) können wir unterstützen.

GV Armando Chissalé: Die zeitlich beschränkte Nutzung von Parkplätzen ist sowohl mit Blauer Zone als auch mit Parkuhren möglich.

Ruedi Brassel: Mir ist nicht klar, wie der Absatz 2 nach dem Vorschlag der SVP lauten wird.

Walter Biegger: Wir wollen expressis verbis die Blauen Zonen im Reglement erwähnt haben. Dies neben der Gebührenpflicht.

Heinz Schiltknecht: Auf was bezieht sich das Wort „dies“ ? Wenn sich das auf den Absatz 1 bezieht, dann ist das für ein Reglement keine schöne Formulierung und wird eigentlich so nicht gehandhabt.

Urs Hess und Ruedi Brassel schlagen vor, eine Grundsatzentscheid bezüglich der Blauen Zone zu fällen und den genauen Wortlaut in der zweiten Lesung zu beraten.

Abstimmung

Absatz 1 und 2

://: Mit 19 : 15 Stimmen wird der Antrag der SP-Fraktion abgelehnt.

Absatz 2

://: Mit 18 : 17 Stimmen wird der Grundsatzbeschluss bezüglich „Integrierung der Blauen Zone im Reglement“ abgelehnt.

Absatz 3

://: Mit grossem Mehr wird dem Antrag der SP-Fraktion zugestimmt.

§ 4

Ruedi Brassel: Die Formulierung des Gemeinderates ist bezüglich der Kompetenzzuordnung unklar. Die Erwähnung der Gemeindepolizei kann weggelassen werden. Damit steht es dem Gemeinderat frei, auch auf Anregung von anderer Seite zu beschliessen. Wir stellen folgenden Antrag:

„Über die Einführung von zeitlichen Nutzungsbeschränkungen auf öffentlichen Parkplätzen der Gemeinde entscheidet der Gemeinderat“.

Walter Biegger: Mit der gemeinderätlichen Fassung wird der Einwohnerrat ausgeschaltet und der Gemeinderat kann später über die Köpfe des Einwohnerrates hinweg die Gebührenpflicht ausdehnen. Ich verweise auf die Erläuterungen in der Vorlage und stelle folgenden Antrag:

„Im Rahmen des vom Einwohnerrat genehmigten Perimeters für ein Parkregime in Pratteln beschliesst der Gemeinderat auf Antrag der Gemeindepolizei die Einführung von zeitlichen Nutzungsbeschränkungen auf öffentlichen Parkplätzen der Gemeinde“.

Heinz Schiltknecht: Prinzipiell kann ich dem Antrag der SVP-Fraktion zustimmen. Leider ist die Definition des Perimeters offen und müsste in einem Reglement geregelt sein. Ich würde es begrüssen, die Idee des vorliegenden Antrages mittels Grundsatzentscheid aufzunehmen und in der zweiten Lesung nochmals zu beraten. Ich schlage vor, für die zweite Lesung eine entsprechende Formulierung bezüglich Perimeter nicht im Reglement, dafür aber als zweiten Punkt im Beschlussantrag des Gemeinderates anzubringen.

Dieter Stohler: Ich lehne diesen Antrag ab. Erstens verstehe ich die Sprache nicht und zweitens geht es nicht darum, wer wem etwas „in die Hand gibt“, sondern darum, dass wir endlich ein Parkierungsreglement haben. Ich bitte Sie, die Kompetenzstrei

tigkeit zwischen Einwohnerrat und Gemeinderat „zu begraben“ und einer umsetzbaren Formulierung zu zustimmen. Das Generelle gehört in das Reglement, die Ausführung in den Gemeinderat.

Urs Hess: Diese Kompetenz möchte ich nicht dem Gemeinderat abgeben. Diese gehört in den Einwohnerrat, damit nicht „Kreuz und Quer“ Parkuhren aufgestellt werden können.

Ruedi Brassel: Ich schlage vor, über den Grundsatz abzustimmen, ob man einen Perimeter definiert haben will oder nicht. Ich bin persönlich gegen die Aufnahme des Perimeters in das Reglement, weil mit einem solchen Zusatz wiederum viel Zeit bei der Umsetzung des Reglements verloren geht. Die Diskussion über den Perimeter und die Definition darüber soll zu einem späteren Zeitpunkt als Ergänzung zum Reglement geführt werden.

Walter Biegger: Ich bedauere, dass die FDP gewillt ist, einwohnerrätliche Kompetenzen aus der Hand zu geben. Ich bin einverstanden, wenn man das als Grundsatz zur Kenntnis nimmt und der Gemeinderat zu Händen der zweiten Lesung einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

GV Armando Chissalé: Der Gemeinderat möchte mit diesem Reglement folgendes erreichen. Ich zitiere: *„Nach Inkrafttreten des Reglements ist geplant, die bereits installierten Parkuhren – unter Beibehaltung des bisherigen Gebührenrahmens – wieder in Betrieb zu setzen. Gleichzeitig soll die Verkehrsplanungskommission beauftragt werden, konzeptionelle Vorschläge für ein Parkregime in Pratteln zu erarbeiten“*. Es geht also darum, die rechtliche Grundlage zu schaffen, um überhaupt Parkgebühren einzunehmen. Es ist dem Gemeinderat klar, dass spätestens zum Zeitpunkt, wo die Verkehrsplanungskommission eine Vorlage unterbreitet, das Reglement unbedingt anzupassen ist.

Urs Hess: Ich verlange, dass für die zweite Lesung ein Plan beigelegt wird, wo die bis anhin bewirtschafteten Parkplätze eingezeichnet sind und als Grundlage für einen Beschluss dient.

GR Beat Stingelin bittet die SVP-Fraktion, ihren Antrag zurückzuziehen, damit eine für alle akzeptable Lösung gefunden werden kann.

Walter Biegger zieht den Antrag der SVP-Fraktion zurück, unter der Voraussetzung, dass der Gemeinderat für die zweite Lesung einen neuen Beschlussantrag im Sinne der gemachten Erwägungen bezüglich Perimeter formuliert.

Abstimmung

://: Mit grossem Mehr wird dem Änderungsantrag der SP-Fraktion zugestimmt.

§ 5 Absatz 1

Walter Biegger stellt folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat unterstellt die öffentlichen Parkplätze teilweise einer Gebührenpflicht gemäss dem Grundsatz von § 3 Absatz 2.“

Achille Babbi stellt folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat kann öffentliche Parkplätze der Gemeinde der Gebührenpflicht unterstellen.“

Abstimmung

://: Auf den Antrag der SVP-Fraktion entfallen 6 Stimmen, auf den Antrag der SP-Fraktion entfallen 27 Stimmen.

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Stimme wird dem Änderungsantrag der SP-Fraktion zugestimmt.

§5 Absatz 3

Heinz Mattmüller stellt folgenden Antrag:

„Die Gebühr für die Nutzung eines gebührenpflichtigen Parkplatzes beträgt maximal CHF 1.00 pro Stunde. Für gedeckte Parkplätze maximal CHF 3.00 pro Stunde.“

Achille Babbi: Ich beantrage, den zweiten Satz *„Sie wird vom Gemeinderat festgelegt“* zu streichen und das neu im Paragraf 6 zu integrieren, wo auf die Vollzugsverordnung hingewiesen werden soll, welche dann die weiteren Details regelt.

GV Armando Chissalé: Die Formulierung im Absatz 3 lässt die Möglichkeit des Gratisparkierens offen. Der Gemeinderat kann mit dieser Formulierung ohne Bedenken beschliessen, dass für die erste Viertelstunde keine Gebühr erhoben wird. Den Bedenken der SVP-Fraktion ist man mit dieser Formulierung entgegen gekommen. Zum Antrag der SP-Fraktion: Für ein A-4 seitiges Reglement braucht es keine Vollzugsverordnung, weil nämlich ein Gemeinderatsbeschluss völlig ausreicht.

Heinz Schiltknecht: Ich mache Heinz Mattmüller darauf aufmerksam, dass der Einwohnerrat von Gesetzes wegen die obere Grenzen festlegen muss.

Achille Babbi: Selbstverständlich braucht es eine Vollzugsverordnung, weil gewisse Dinge (Gratisparkierung, Gebührenskala) irgendwo verbindlich festgelegt werden müssen. Diese Fassung stammt nicht von mir, sondern steht in der Fallsammlung des öffentlichen Rechts geschrieben.

Dieter Stohler: Ich sehe keinen Bedarf für eine Vollzugsverordnung im Paragraf 6 und beantrage, dass die gemeinderätliche Fassung im Paragraf 5 Absatz 3 so belassen wird. Mit einer Vollzugsverordnung behindern wir das Eingehen auf lokale und individuelle Bedürfnisse und Situationen.

Walter Biegger: Falls eine Vollziehungsverordnung ausgearbeitet wird, dann muss diese – analog Landrat – für die zweite Lesung vorliegen. Auch wenn der Einwohnerrat dazu nichts zu sagen hat, so kann er mindestens davon Kenntnis nehmen.

Kurt Lanz und Ruedi Brassel: Eine Vollzugsverordnung kann verhindern, dass zu viele Einzellösungen getroffen werden müssen, nicht aber, dass man auf lokale Bedürfnisse und Situationen eingehen kann. Man kann das mittels Konzeptplan durchaus flexibel gestalten. Wir können damit auch garantieren, dass die verschiedenen Regelungen in einem gemeinsamen Bezug stehen und keine Willkür stattfindet. Willkür darf nicht stattfinden.

Abstimmung

://: Mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen wird der Änderungsantrag von Heinz Mattmüller abgelehnt.

://: Mit 18 : 17 Stimmen wird der Streichungsantrag der SP-Fraktion abgelehnt.

§ 6 (neu)

Philipp Schoch: Ich bitte Sie, die Vollzugsverordnung im Paragraf 6 zu integrieren. Als Anregung möchte ich vorschlagen, dass in der Vollzugsverordnung festgehalten wird, dass es kein Gratisparking gibt.

Urs Hess: Wir regeln im Reglement ganz klar, dass es gebührenpflichtige und nicht gebührenpflichtige Parkplätze gibt.

Ruedi Brassel: Ich bitte Sie, den Entscheid für oder gegen eine Vollzugsverordnung unabhängig davon zu treffen, was Philipp Schoch angeregt hat. Der Inhalt der Vollzugsverordnung ist Sache des Gemeinderates. Unser Antrag für den Paragrafen 6 lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat regelt mit einer Vollzugsverordnung die weiteren Details, insbesondere die zeitliche Beschränkung und die Höhe der Gebühr“.

GV Armando Chissalé: Der Einwohnerrat hat soeben beschlossen, den Paragraf 5 Absatz 3 so zu belassen. Die Diskussion um einen neuen Paragrafen 6 befremdet mich ein wenig, weil dies im Paragraf 5 Absatz 3 bereits vollzogen wird.

GR Rolf Werhli: In den vergangenen Jahren haben wir weder ein Reglement noch eine Vollzugsverordnung gehabt. Der Gemeinderat hat auch in der Vergangenheit nie willkürlich gehandelt. Er hat Interessen wahrgenommen und ich warne davor, dass wir uns nicht „überreglementieren“. Wir sind keine Grossstadt, welche 10'000 Parkplätze bewirtschaften muss. Wir brauchen keine Vollzugsverordnung weil ein Gemeinderatsbeschluss de facto auf dasselbe hinausläuft.

Kurt Lanz und Heinz Schiltknecht: Es braucht eine Vollzugsordnung, weil zum Beispiel die Zeitdauer und die genaue Höhe der Parkgebühr noch festgelegt werden muss. Darüber sagt das Reglement nichts aus.

Dieter Stohler: Ob die Form von einer Vollzugsverordnung oder die Form eines Gemeinderatsbeschlusses gewählt wird ist in der Auswirkung letztendlich nicht von grosser Bedeutung. Die angesprochene Willkür ist mit oder ohne Vollzugsverordnung angreifbar und es gilt auch zu erwähnen, dass keiner der beiden Vorprüfungsberichte eine solche Verordnung erwähnt.

Abstimmung

://: Mit 19 : 18 Stimmen (mittels Stichentscheid der Präsidentin) und 2 Enthaltungen wird der Antrag der SP-Fraktion angenommen.

§ 7 Absatz 2 (neu)

Achille Babbi: Ich stelle den Antrag, in diesem Paragrafen (neu 7) den Absatz 2 zu streichen. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen reichen dafür aus.

Abstimmung

://: Mit 18 : 13 Stimmen wird der Streichungsantrag der SP-Fraktion abgelehnt.

§ 7 Absatz 3 (neu)

Heinz Schiltknecht beantragt den Absatz 3 zu streichen:

Abstimmung

://: Mit 18 : 13 Stimmen wird der Streichungsantrag von Heinz Schiltknecht abgelehnt.

Ende der 1. Lesung

Fragestunde

Frage von Urs Hess betreffend „Erlebnisraum Augst – Pratteln“

GP Willy Schneider: Zur Frage 1: Der Gemeinderat weiss nicht mehr als die Teilnehmer der workshops. Die Planideen der BUD beinhalten im wesentlichen: „Wohnen am Rhein“, das öffentliche Verkehrskonzept und die Verlegung der Rheinstrasse. Mehr als das wissen wir auch nicht, und von einem „vom Kanton umgehängten Maulkorb“ kann keine Rede sein.

Zur Frage 2: Das Verfahren betrifft die Planungszone, welche in den nächsten Tagen erlassen wird. Diese ist entstanden, weil die grösseren Landeigentümer das so gewollt haben. Zuerst wurde von Vereinbarungen geredet. Die Planungszone ist ein Verfahren, welches gemäss Gesetz im Maximum fünf Jahre dauern darf. Bezüglich der Entschädigungen erwartet man eine Aufwertung des Gebietes und hätte zur Folge, dass das Land mehr Wert ist als dies jetzt der Fall ist. Das meiste Land ist gar nicht überbaubar, weil nicht erschlossen. Was die Gemeinde betrifft, hat sich der Kanton verpflichtet, alle Kosten für die Nutzungsplanungen, das heisst bis zur Fortsetzung des jetzigen Prozesses Konzept „Pratteln Nord“, zu übernehmen.

Urs Hess: Ich stelle diese Fragen, weil ich festgestellt habe, dass die Bevölkerung von Augst relativ gut informiert ist. Die Teilnehmer von Pratteln hingegen kommen sich vor wie „das fünfte Rad am Wagen“ mit Null Informationen. Ich habe das Gefühl, dass mit den Informationen sparsam umgegangen wird.

GP Willy Schneider: Tatsache ist, dass die Augster seit Jahren Probleme haben mit der Römerstadt respektive mit den Funden bei den Römerruinen. Neu für Augst sind die Fragen bezüglich des künftigen Standortes für das Römermuseum, der Verkehrserschliessung und die Konkretisierung des Themas „Wohnen am Rhein“. Aber ich weiss nicht, warum die Augster bessere Informationen haben sollen als wir. Interessant ist jedoch die Aussage von Augstern, die lautet: „Pratteln soll auf seinem Gebiet machen, was sie wollen“. Und die Prattler wollen im Gegensatz wissen, was die Augster machen wollen.

Geschäft Nr. 2214

Wahl der Büromitglieder für das Amtsjahr vom 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003

Wahl Einwohnerratspräsident

Alexander Martin: Die FDP-Fraktion ist stolz darauf, Ihnen als Präsidenten des Einwohnerrates Stefan Löw vorzuschlagen. Er ist 1994 in den Einwohnerrat nachgerückt, hat vier Jahre in der Bau- und Planungskommission mitgearbeitet und ist seit 1998 in der GPK. Bis im Mai 2002 war Stefan Löw Mitglied der Jugendkommission. Zudem hat er verschiedene Chargen in der FDP inne oder inne gehabt. Beim Jodlerfest im vergangenen Jahr hat er engagiert im Organisationskomitee mitgearbeitet. Stefan Löw führt ein Unternehmen mit 16 Angestellten, ist Prüfungsexperte für Landschaftsgärtner und beweist damit seine Führungsqualitäten. Stefan Löw ist verheiratet und hat drei Kinder. Ich wünsche ihm viel Glück bei der Wahl.

Bei einem absoluten Mehr von 16 Stimmen wird mit 30 Stimmen als **Einwohnerratspräsident** für das Amtsjahr 2002/2003 gewählt:

://: Stefan Löw (FDP)

Stefan Löw: Ich möchte mich ganz herzlich für das wunderbare Wahlergebnis und die Blumen bedanken. Blumen sind sehr ausdrucksstark und können viel bewirken. Auch in der Natur muss man das Gleichgewicht beibehalten und wir dürfen die vorgegebenen Gesetzmässigkeiten nicht all zu fest beschneiden. Die uneingeschränkte Freude der Natur, insbesondere der Tiere, sollten man immer mit in den Tag hineinnehmen. Um gute Politik zu machen braucht es Ausgeglichenheit. Die Kräfte von Links und Rechts müssen „spielen gegeneinander“. Es gibt immer Gewinner und Verlierer und man soll das respektieren. Fehler anderer sollten wir nicht ausnützen, sondern Fairness und Loyalität walten lassen. Ich rufe Euch auf, die Freude und Zuversicht auch in der Politik zu bewahren. Ich wünsche mir für die nächste Amtsperiode faire, ausgeglichene und menschliche Debatten. Ich möchte folgende Zitate als Gedankenanstösse vortragen (Auswahl): „*Bedenke nicht, was das Volk für dich tun kann, bedenke, was du für das Volk tun kannst*“ (Kennedy), „*Es lohnt sich, einander geduldig zu zuhören. Wir wissen schliesslich, was wir sagen wollen, aber nicht, was der andere sagen wird*“, „*Nichts auf der Welt ist so gerecht verteilt wie der Verstand. Denn jeder ist überzeugt, dass er genug davon habe*“ und zum Schluss: „*Ein guter Redner hört auf zu reden, bevor das Publikum aufhört sich zu interessieren*“. Ich lade alle Anwesenden herzlich ein zum anschliessen Fest im Feuerwehrmagazin.

Wahl 1. Vizepräsident

Rös Graf: Die SP-Fraktion schlägt Ihnen als erster Vizepräsident Aldo Pavan vor. Er hat im Büro bereits Erfahrungen als Stimmzähler gesammelt. Aldo Pavan wurde 1996 in den Einwohnerrat gewählt und hat in verschiedenen Kommissionen mitgearbeitet. Er versteht es, zu zuhören und Lösungen zu finden. Seit zwölf Jahren leitet Aldo Pavan die Männerriege im Turnverein AS und hat anlässlich des eidgenössischen Turnfestes 2002 den Posten als Personalchef souverän gemanagt.

Bei einem absoluten Mehr von 17 Stimmen wird mit 29 Stimmen als **erster Vizepräsident** für das Amtsjahr 2002/2003 gewählt:

://: Aldo Pavan (SP)

Wahl 2. Vizepräsident

Walter Biegger: Die SVP-Fraktion freut sich, Ihnen in der Person von Ruedi Handschin einen qualifizierten Kandidaten für das Amt des zweiten Vizepräsidenten vorzuschlagen. Ruedi Handschin ist seit vielen Jahren Mitglied des Einwohnerrates und der Rechnungsprüfungskommission. Als aktiver Sportler ist er heute Präsident des Turnvereins Neue Sektion. Im Rahmen des eidgenössischen Turnfestes hat er als OK-Mitglied „Standort Pratteln“ eine verantwortungsvolle Position inne gehabt. Ruedi Handschin ist es gewohnt, zu zupacken und Verantwortung zu übernehmen. Seine Qualifikationen sind unbestritten und ich bitte Sie, ihm zu einer ehrenvollen Wahl zu verhelfen.

Bei einem absoluten Mehr von 17 Stimmen wird mit 31 Stimmen als **zweiter Vizepräsident** für das Amtsjahr 2002/2003 gewählt:

://: Ruedi Handschin (SVP)

Wahl Stimmzähler

In stiller Wahl werden als **Stimmzähler** für das Amtsjahr 2002/2003 gewählt:

://: Roland Pfäffli (SP) und Rudolf Meury (CVP)

Geschäft Nr. 2215 Wahl von zwei Ersatz-Stimmzähler/ innen für das Amtsjahr vom 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003

In stiller Wahl werden als **Ersatz-Stimmzählerinnen** für das Amtsjahr 2002/2003 gewählt:

://: Marlène Schwob (SP) und Olga Aeberhard (CVP)

Geschäft Nr. 2190 Postulat von Florian Reischenböck be- treffend „Infrastruktur in der Geiss- waldhütte“

Aktenhinweis

- Postulat Nr. 2190 vom 28. Februar 2002

GP Willy Schneider: Die Geisswaldhütte hat eine bescheidene Infrastruktur und die meisten Benutzer richten sich bei ihren Anlässen danach. Wenn es um eine Kontrolle der elektrischen Installationen geht, dann brauchen sie das Postulat nicht zu überweisen. Wenn Sie hingegen der Meinung sind, dass es Investitionen für Verbesserungen braucht, dann können Sie das Postulat überweisen. Wir müssen aber bedenken, dass

sich in der Nähe der Hütte Wohnhäuser befinden und die Benützungsdauer bis 23.00 Uhr beschränkt ist. Das limitiert die Nutzung ganz wesentlich. Ich bitte Sie, das Postulat nicht zu überweisen. Wir werden jedoch dafür besorgt sein, dass ohne grossen Aufwand gewisse Verbesserungen gemacht werden können.

Philipp Schoch: Die Fraktion Unabhängige/Grüne möchte das Postulat überweisen. Die Hütte und die Installationen sind alt und entsprechend gefährlich. Nächstes Jahr haben wir die 900-Jahrfeier und es wäre doch eine Möglichkeit, bei einem allfälligen Gewinn, einen kleinen Teil davon in die Geisswaldhütte zu investieren.

Siegfried Siegrist: Die FDP-Fraktion möchte das Postulat nicht überweisen. Die Geisswaldhütte ist eine Waldhütte, welche seit Jahren rege benutzt wird. Uns geht es entschieden zu weit, wenn noch mehr Infrastruktur verlangt wird. Bei einem Fest in der Geisswaldhütte gehört auch etwas Improvisation dazu und es ist doch sehr fraglich, ob bei jedem Fest unbedingt „Vierkantrösti“ gegessen werden muss.

Urs Schneider: Die SVP-Fraktion ist sich in dieser Frage nicht einig. Eine Mehrheit möchte das Postulat aber trotzdem überweisen. Die von Florian Reischenböck angesprochenen Probleme sind mir auch bekannt. Es geht nicht darum, die Hütte zu vergolden. Vielleicht ist es mit wenig Geld möglich, die Hütte so einzurichten, dass die Kochmöglichkeiten verbessert werden können. Die Hütte wird von der Gemeinde vermietet und bietet für rund 50 Personen Platz.

Rös Graf: Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die elektrischen Installationen funktionieren und eine gewisse Sicherheit haben müssen. Wir möchten das Postulat überweisen, damit die nötigen Abklärungen getroffen werden können. Danach kann das Postulat wieder abgeschrieben werden.

Olga Aeberhard: Die CVP ist für Überweisung des Postulats, weil auch wir gewisse Mängel festgestellt haben.

Urs Hess: Als Minderheitssprecher der SVP-Fraktion bitte ich Sie, das Postulat nicht zu überweisen. Für eine Überprüfung der elektrischen Installationen braucht es kein Postulat und das Geld können wir uns sparen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat beschliesst mit 17 : 13 Stimmen:

://: Das Postulat Nr. 2190 wird überwiesen.

Geschäft Nr. 2206 Interpellation von Ruedi Brassel betreffend „Stellvertretung in der JMS-Leitung“

Aktenhinweis

- Interpellation Nr. 2206 vom 22. April 2002

GR Felix Knöpfel: Zur 1. Frage: Nach dem ersten längeren „Ausfall“ haben wir nach möglichen Lösungen gesucht. In dieser Zeit mussten wir auf der Verwaltung einige Turbulenzen überstehen, nachdem uns Herr Wild verlassen hatte, der damalige Gemeindeverwalter nicht sehr präsent und auch die Stelle des Finanzverwalters vakant war. Unsere damaligen Überlegungen haben sich aus personellen und finanziellen Gründen nicht realisieren lassen. Administrative Lösungen wurden aber in der Kommission besprochen.

Zur 2. Frage: In der Person von Bruno Graf (Inspektor für Jugendmusikschulen) haben wir einen fähigen und kompetenten interimistischen Leiter für die JMS gefunden. Er wird bis Ende August 2002 mit einem Pensum von zehn Wochenstunden bei uns tätig sein. Wir wissen, dass Herr Hinnen sicher bis dato ausfallen wird. Auch Charlotte Dill ist vermehrt im Sekretariat tätig und die Lohnfragen werden auf der Verwaltung erledigt.

Zur 3. Frage: Diese Frage wurde in der Kommission zurückgestellt, bis man weiss, wie es mit Herrn Hinnen weitergeht.

Zur 4. Frage: Nein. Nach so kurzer Zeit ist eine Änderung des Vertrages nicht legitim.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Ruedi Brassel: Ich danke Felix Knöpfel für die Antwort, auch wenn ich nur sehr bedingt befriedigt bin. Es erstaunt mich sehr, dass seit dem ersten längeren Ausfall vor mehreren Jahren bezüglich der Stellvertretungsregelung nichts unternommen wurde. Wenn man Argumente braucht, wie sie genannt wurden, dann ist das kein gutes Zeugnis bezüglich dem „Anpacken“ dieses Problems. Ich finde die Lösung mit Herrn Graf sehr positiv. Was geschieht nach dem 31. August 2002? Mir ist auch nicht klar, welche strukturellen Massnahmen ergriffen werden. Gibt es Überlegungen, welche die Einführung einer Aufgabenteilung in der Leitungsstruktur vorsehen? Ich habe gehört, dass solche Überlegungen angestellt worden sind, aber auch, dass es Widerstände gibt.

GR Felix Knöpfel: Wir finden sicher bald eine Lösung.

Verabschiedung von Nelly Metzger

Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer verabschiedet Frau Nelly Metzger, welche per 30. Juni 2002 aus dem Einwohnerrat austreten wird mit Worten des Dankes für ihre fast vierjährige Ratstätigkeit und überreicht ihr zum Abschied einen bunten Blumenstrauss. Frau Metzger wird mit Applaus verabschiedet.

Verabschiedung von Maya Wittwer als Einwohnerratspräsidentin

Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer: Ich möchte mich mit einem lachenden und einem weinenden Auge verabschieden. Ich möchte meinem Nachfolger einen Kaktus übergeben, welcher den manchmal etwas stacheligen Einwohnerrat symbolisieren soll. Ich bin überzeugt, dass der Gärtner Stefan Löw den Kaktus und den Einwohnerrat zum Erblühen bringt. Aber zusätzlich überreiche ich ihm einen lachenden Smiley. Ich danke allen involvierten Personen herzlich, die mich unterstützt haben, den Rat treu dem Motto „Frauen führen mit Herz und Verstand“ zu leiten. Wenn ich dabei jemandem „auf die Füsse gestanden bin“, dann möchte ich mich jetzt entschuldigen. Ich möchte mich auch beim Personal der Verwaltung bedanken, welches mich in vielen Fragen immer und gut beraten hat.

Erika Schaub dankt Maya Wittwer in Versform:

Liebs Maya,
E Johr mit vilne Uff und Ab neigt sich em Änd
du gisch dis Amt jetzt denn in anderi Händ
Du hesch eus gfuehrt mit Elan und Freud
ich hoff, dass di das gar nie reut
Es isch nit liecht vo do abe z'fiere
du hesch das gmacht, ohni jede Muet z'verliere
E mäнге in däm Rot will alles besser wüsse
du muesch dir do druss mache e gar kei Gwüsse
Wenn mängmol gherrscht het e grosses Durenand
du hesch das beruhigt gnoh, mit ganz straffer Hand
Au e Sprichwort seit uss alter Zyt
„allne Lüt rächt mache, cha me nit“
Das ganze Johr isch prägt gsy vo dinere Art ganz speziell
mit Gutzi, Musig oder e Ussflug ganz originell
Jetzt düen dört obe wider Männer regiere
ich hoff, die mien sich nach dir nit schiniere
Maya im Name vo allne rächt härzliche Dank
ich weiss, do unde by eus findsch au wider dr Rank !

Siegfried Siegrist: Auch wir von der FDP-Fraktion möchten uns recht herzlich für den Einsatz bedanken. Maya Wittwer hat ihre Sache sehr gut gemacht und meistens einen kühlen Kopf bewahrt, auch wenn es im Rat etwas bewegt zu und her gegangen ist. Wir wünschen Dir beruflich und privat alles Gute.

Maya Wittwer wird mit einem warmen Applaus als Präsidentin des Einwohnerrates verabschiedet.

Die Sitzung wurde um 22.15 Uhr abgebrochen.

Pratteln, 2. Juli 2002

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Die Präsidentin Der Sekretär

Maya Wittwer Bruno Helfenberger